Veröffentlichungen zur 116. BLK-Sitzung
am 13. und 14. November 2024
in Salzburg

TOP 1) Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2) Grüne Liste

TOP 3) Bekanntgabe von Umlaufbeschlüssen

TOP 4) E-Justice-Rat

TOP 5) AG Elektronischer Rechtsverkehr

TOP 6) Ebenenübergreifender Einsatz von Videokonferenztechnik

TOP 7) AG Maschinell geführtes Grundbuch (inkl. dabag)

TOP 8) AG Maschinell geführte Register (inkl. AuRegis)

TOP 9) AG IT-Standards

Die AG IT-Standards hat die Weiterentwicklung der Standards EGVP, SAFE und XJustiz fortgeführt. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Pflege und Weiterentwicklung der EGVP-Produkte, die Erstellung von CRs, die Releaseplanung und die Tests neuer Versionen betreut.

TOP 10) AG Juristische Informationssysteme

Die AG Juristische Informationssysteme hat den Austausch mit den Anbietern verschiedener juristischer Datenbanken fortgesetzt. Als weiteren Arbeitsschwerpunkt kümmert sich die AG Juristische Informationssysteme um Fragen, die sich in Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen stellen.

TOP 11) IT-Governance (Architekturbüro)

TOP 12) Standards zur Übermittlung elektronischer Verwaltungsakten

TOP 13) EKE (inklusive EU-Themen)

TOP 14) Digitalstrategie

TOP 15) Digitalisierungsinitiative

TOP 16) E-Justice in der Schweiz

TOP 17) E-Justice in Österreich

TOP 18) AG KI

Die Arbeitsgruppe KI (AG KI) wurde durch Beschluss des E-Justice-Rats am 25. September 2024 und durch Beschluss der BLK am 14. August 2024 durch Umwandlung aus dem Themenkreis „Einsatz kognitiver Systeme in der Justiz“ (TK KI) der Arbeitsgruppe Zukunft gebildet. Der Bericht geht auch auf die im Berichtszeitraum innerhalb des TK KI erfolgten Arbeiten ein.

KI-Strategie der Justiz

Im Berichtszeitraum wurden schwerpunktmäßig die Arbeiten an der KI-Strategie der Justiz fortgesetzt. Dafür wurde die Deloitte Consulting GmbH zur Unterstützung der bereits im vorangegangenen Berichtszeitraum eingerichteten Unterarbeitsgruppen beauftragt.

Die Erarbeitung der KI-Strategie erfolgt entlang von **vier Phasen**:

1. Initialisierungsphase
2. Unterarbeitsgruppenphase

3. Abstimmungsphase
4. Weiterentwicklungsphase

In der **Initialisierungsphase** lag der Fokus auf der **Analyse der IST-Situation**. Die Ziele in dieser Phase waren die Identifikation der technischen, organisatorischen, normativ/ethischen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Teil-Erschließung und -Formulierung der Ausgangslage zur KI-Strategie. Darüber hinaus erfolgten in dieser Phase die technologische Einordnung sowie die Definition des technologischen Geltungsbereichs, die die KI-Strategie umfasst. Diese Phase war in methodischer Hinsicht von **Desk-Research & Analyse** geprägt. Die Ergebnisse aus der Recherche wurden im regelmäßigen Dialog validiert und in Experteninterviews weiter vertieft.
In der zweiten Phase erfolgte die Einbindung der **Unterarbeitsgruppen** (UAG) in den Erarbeitungsprozess. Die Erarbeitung erfolgte mit insgesamt sieben UAGs, die jeweils für ein (Unter-)Kapitel der zu erarbeitenden KI-Strategie die Verantwortung übernahmen. Durch diese Vorgehensweise wurde sichergestellt, dass die Inhalte der KI-Strategie aus der **Abstimmung des Bundes und der Länder untereinander** hervorgingen. Die thematische Aufteilung der UAGs resultierte dabei weitestgehend aus der vorab definierten Gliederung, die durch den Themenkreis bereits im Frühjahr 2024 erarbeitet wurde.
In der dritten Phase wird derzeit der **Entwurf der KI-Strategie fertiggestellt**, womit **noch im Kalenderjahr 2024** zu rechnen ist. Ebenso noch im Kalenderjahr 2024 soll die **Stellungnahme berührter Arbeitsgruppen der BLK**, einschließlich der AG Zukunft, eingeholt werden, bevor die AG KI die KI-Strategie der Justiz an die **BLK zur Billigung** übermittelt. Es wird damit gerechnet, dass diese Übermittlung zur anstehenden vorbereitenden **Sondersitzung im Frühjahr 2025** erfolgen kann. Im Falle der Billigung wird die KI-Strategie der Justiz anschließend dem **E-Justice-Rat zur Billigung** vorgelegt. Im Falle auch dortiger Billigung der KI-Strategie wird anschließend vor allem die **Umsetzung** der in ihr festgehaltenen Maßnahmen im Vordergrund stehen.

KI-Plattform der Justiz

Das **Feinkonzept zur KI-Schnittstelle ist erstellt**. Die KI-Schnittstelle soll einen einheitlichen Zugriff zwischen KI-Anwendungen und E-Akten ermöglichen. Um eine möglichst hohe Standardisierung zu ermöglichen, ist zusätzlich eine Schnittstellen-Beschreibung über YAML erfolgt. Feinkonzept und Schnittstellen-Beschreibung wurden der BLK-AB „**Servicestelle Anforderungsmanagement**“ zur Eingabe in den allgemeinen Anforderungsprozess übergeben.

Um eine zusätzliche Flexibilisierung zu erreichen, wurde eine Nutzung des „**Basis-Adapters für die E-Akten**“ geprüft. Erste bestehenden Entwicklungsstände des Basis-Adapters konnten gesichtet werden. Weitere Absprachen zum Austausch der vollständigen Entwicklungsstände stocken allerdings. Zudem lässt der bisher eingesehene Stand des Codes – wegen der dort wahrgenommenen Abhängigkeiten von externen proprietären Bibliotheken – eine unabhängige Nutzung des Basis Adapters für die Zwecke der KI Plattform fraglich erscheinen.

Zur Erarbeitung, welche **Grundvoraussetzungen** geschaffen werden müssen, damit KI-Anwendungen bund-länder-übergreifend ausgetauscht, genutzt und ggfs. betrieben werden können, wurde die Bearbeitung in die folgenden **Fachkonzepte** aufgeteilt:

- KI-Katalog/Marktplatz
- KI-Hub
- Authentifizierung & Autorisierung
- Security Konzept
- Trustworthyness
- Quality Gates

Die Erstellung von PoCs für KI-Katalog/Marktplatz und KI-Hub konnte bereits aufgenommen werden.

Projektübersicht

Innerhalb der AG KI wurde im Oktober 2024 eine aktualisierte, dem Bericht anliegende **Übersichtsliste** der in Bund und Ländern verfolgten KI-Projekte vorgestellt. Hieraus soll als Auskoppelung eine öffentliche Liste erstellt werden, die als **KI-Transparenzregister** eingesetzt werden kann. Zudem dient die Liste weiterhin der Abstimmung der Länder untereinander, um sich überschneidende Projekte bei Möglichkeit konsolidieren zu können.

KI-Governance

Innerhalb des TK KI wurde im Juni 2024 eine Tagung mit dem Titel „Herausforderungen, Chancen und Perspektiven der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz“ durchgeführt. An der Tagung nahmen u. a. auch Vertreter der EU-Kommission für Justiz und Verbraucher, der CEPEJ und der FRA teil.

TOP 19) Studie zur Machbarkeit einer bundeseinheitlichen Justizcloud

TOP 20) Optimierung bund-/länderübergreifender Entwicklungen

Die BLK hat Aufgaben, Arbeitsweisen, Zusammensetzung und Schnittstellen der BLK-Gremien im Sinne einer Aufgabenkritik überprüft. Für jedes BLK-Gremium wurde ein One Pager erstellt und das Organigramm aktualisiert. Die BLK-Geschäftsordnung wurde redaktionell angepasst.

TOP 21) AG Zukunft

Die AG Zukunft berichtet der BLK über den aktuellen Sachstand der Vorhaben Deutsche Beweismittelcloud, „Justizsoftwarehaus“, Außenwahrnehmung der BLK,

Machbarkeitsstudie über ein digitales Ökosystem der Zukunft und Digitalstrategie für die Justiz.

TOP 22) Sachstand zur gemeinsamen Kommunikationsplattform „eXP“ und Austausch zum weiteren Vorgehen

TOP 23) Sachkommission für IT im Justizvollzug

TOP 24) Court Data Base (CDB)

TOP 25) Digitale Zusammenarbeit von Polizei und Justiz

TOP 26) Verschiedenes